

NIEDERSCHRIFT Rat/037/2009

über die Sitzung **des Rates der Stadt Billerbeck** am 01.10.2009 im **Sitzungssaal des Rathauses**.

stellvertretender Vorsitzender:

Herr Bernhard Faltmann

Ratsmitglieder:

Herr Günther Fehmer
Herr Florian Heuermann
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernhard Kortmann
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Franz-Josef Schulze Thier
Frau Birgit Schulze Wierling
Herr Karl-Heinz Ueding
Herr Werner Wiesmann
Herr Franz Becks
Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Frau Margarete Köhler
Frau Gabriele Mönning
Herr Martin Pfeiffer
Herr Hans-Joachim Spengler
Herr Thomas Tauber
Herr Simon Drovs
Herr Ulrich Schlieker

Entschuldigt fehlen:

Herr Jochen Dübbelde
Herr Thomas Hagemann
Herr Willi Krause
Herr Michael Fliß
Herr André Heßling

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Herr Martin Struffert
Frau Birgit Freickmann Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:25 Uhr

Herr Faltmann entschuldigt die Bürgermeisterin und stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Herr Tauber entgegnet, dass die Form gewahrt, die Frist aber nicht eingehalten wurde. Er habe die Einladung, wie einige andere Ratsmitglieder auch, erst am späten Freitagnachmittag erhalten und wolle wissen, welche Auswirkungen das auf die heutigen Beschlüsse haben könne.

Herr Messing weist darauf hin, dass die Einladung auch durch die öffentliche Bekanntmachung veröffentlicht werde, gleichzeitig werde sie im Ratsinformationssystem öffentlich gemacht. Die Einladungen würden durch die Post befördert. Eine Erklärung, warum sie tlw. nicht pünktlich zugestellt wurden, könne er nicht abgeben. Da bis auf die entschuldigten Ratsmitglieder heute alle anwesend seien, sehe er keinerlei Gefahr, dass die Beschlüsse heute nicht rechtsgültig gefasst werden.

Herr Tauber und Herr Dittrich weisen darauf hin, dass sie erst gestern die Niederschriften über die HFA- und die Betriebsausschusssitzung sowie die Einsparungsvorschläge der Verwaltung erhalten hätten. So könnten sie in der Fraktion nicht rechtzeitig beraten. Der Verwaltung werfen sie Mängel im Sitzungsmanagement vor und machen außerdem deutlich, dass sie sich mit der Erklärung, die Einladung zur Post gegeben zu haben, nicht zufrieden geben. Das Fehlen der Bürgermeisterin werten sie als Missachtung der Ratsmitglieder. Außerdem stünde mit dem Tagesordnungspunkt 4. „Entwicklung des Produktes 16010, Allgemeine Finanzwirtschaft“ ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung, zu dem die Anwesenheit der Bürgermeisterin dringend erforderlich wäre.

Frau Mönning stellt fest, dass der Fehler der verspäteten Zustellung der Einladung eindeutig bei der Verwaltung liege und nicht bei der Post.

Herr Messing unterstreicht, dass alle Einladungen gleichzeitig zur Post gegeben würden und er sich darauf verlasse, dass sie auch pünktlich zugestellt werden.

Herr Dittrich entgegnet, dass in der Regel die Post am nächsten Tag zugestellt werde, es aber auch mal einen Tag länger dauern könne. Dies sollte künftig einkalkuliert werden. Wegen der nicht fristgerechten Zustellung hätten sie die Ratssitzung heute auch absetzen können, dies sei aber im Sinne der Billerbecker Bürger nicht gewollt. Er halte es aber für sinnvoll, zumindest den Tagesordnungspunkt 4. „Entwicklung des Produktes 16010, Allgemeine Finanzwirtschaft“ abzusetzen, weil die Bürgermeisterin aus für ihn nicht nachvollziehbaren Gründen heute nicht anwesend ist.

Herr Fehmer spricht sich gegen eine Absetzung aus und kündigt an, unter dem Tagesordnungspunkt 4. Anträge zu stellen.

Herr Schlieker erklärt, dass er sich eigentlich für eine Verschiebung bis zur nächsten Rats- oder HFA-Sitzung aussprechen wollte. Jetzt schließe er sich aber dem Vorschlag des Herrn Fehmer an.

Herr Faltmann stellt fest, dass also der Tagesordnungspunkt 4. heute beraten wird.

Des Weiteren soll die nichtöffentliche Tagesordnung um den TOP 8. „Austausch von Fenstern und einer Tür an den Grundschulgebäuden“ erweitert werden.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Bericht der Verwaltung über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Messing berichtet über die abschließende Erledigung der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse. Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

2. Lagebericht des Abwasserbetriebes der Stadt Billerbeck - Abschluss für das Wirtschaftsjahr 2008

Nach kurzer Erörterung fasst der Rat folgenden

Beschluss:

- Die in der Anlage I zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Bilanz zum 31.12.2008 (Jahresabschluss 2008) wird genehmigt und festgestellt
- Die in der Anlage II zum Jahresabschlussbericht aufgeführte Gewinn- und Verlustrechnung 2008 mit Anhang (Anlage III) wird genehmigt und festgestellt.
- Der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2008 zum Jahresabschluss (Anlage IV) wird genehmigt und festgestellt.
- Die Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2008 entlastet.
- Der festgestellt Jahresüberschuss in der Höhe von 98.823,51 € wird in den Gewinnvortrag eingestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung für das Wirtschaftsjahr 2008 für die öffentliche Einrichtung Abwasserbeseitigung in der Stadt Billerbeck

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die in der Nachkalkulation zur Gebührenbedarfsberechnung 2008 ausgewiesene Unterdeckung in der Höhe von 9.982,10 € wird für die Kalkulation der Wirtschaftsjahre 2010 und/oder 2011 eingestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Entwicklung des Produktes 16010, Allgemeine Finanzwirtschaft

Den Ratsmitgliedern wird zu diesem Tagesordnungspunkt eine Tischvor-

lage mit den Einsparungsvorschlägen der Verwaltung zum Haushalt 2009 ausgehändigt.

Herr Dittrich befragt Herrn Melzner, seit wann der Einbruch bei den Gewerbesteuerereinnahmen bekannt ist.

Herr Melzner erläutert, dass im II. Quartal das Veranlagungssoll mäßig um 245.000,-- € abgenommen und sich im III. Quartal ein deutlicher Einbruch um rd. 740.000,-- € ergeben habe. Dass der Ansatz nicht erreicht würde, habe er schließlich am 31. August 2009 erfahren. Die Gründe habe er hinreichend in der nichtöffentlichen HFA-Sitzung am 17. September 2009 erläutert.

Herr Dittrich möchte genauer wissen, wann die Lücke bekannt wurde.

Herr Melzner entgegnet, dass er in öffentlicher Sitzung keine Angaben machen werde, die Rückschlüsse auf einzelne Steuerzahler zulassen.

Herr Fehmer erklärt, dass er dem Verwaltungsvorschlag nicht folgen werde, weil die Bürgermeisterin nicht anwesend ist. Die Verwaltungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt sei am 9. September 2009 erstellt worden. Die Vorlage basiere auf einer Produktinformation der Verwaltung vom 8. September 2009. Darin werde festgestellt, dass die Stadt Billerbeck bis zum Jahresende 2009 mit Einnahmeausfällen im Bereich der Gewerbesteuer mit mindestens 1,2 Mio € zu rechnen habe und aufgrund der Regionalisierung der letzten Steuerschätzung von Wenigererträgen bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer von rd. 209.000,-- € gerechnet werde. Der Beschlussvorschlag der Bürgermeisterin sehe vor, dass lediglich der Bericht zur Kenntnis genommen werden soll.

Entsprechend der Regelungen in der Gemeindeordnung sei die Bürgermeisterin verpflichtet, von sich aus den Rat über wichtige Angelegenheiten zu informieren.

Bei insgesamt rd. 1,4 Mio € Wenigererträgen für den Haushalt der Stadt Billerbeck könne man von einer erheblichen Veränderung und damit einer wichtigen Angelegenheit sprechen. Die gesamte Finanzlage der Stadt Billerbeck werde sich dadurch erheblich verändern.

Um prüfen zu können, ob die Bürgermeisterin dieser Informationspflicht gem. § 55 Gemeindeordnung zeitnah nachgekommen ist, bitte er um eine Stellungnahme und Bewertung der Angelegenheit durch die Bürgermeisterin. Vor allen Dingen bitte er um Darlegung der genauen zeitlichen Abfolge, wann die neuen Zahlen vorgelegen haben. Nach Informationen der Verwaltung seien die Ausfälle im III. Quartal, somit ab dem 1. Juli 2009 bekannt gewesen. Diese Aufstellung soll mit den notwendigen Belegen dokumentiert werden.

Aufgrund der erheblichen Veränderungen, auch in Bezug auf die Verringerung der Ausgleichsrücklage bitte er um Überprüfung, ob gem. § 81 Gemeindeordnung eine Nachtragshaushaltssatzung zu erlassen ist.

Die vorliegende Liste bzgl. möglicher Einsparpotentiale könne aus seiner

Sicht nicht ohne eine Beratung im zuständigen HFA beschlossen werden. Gemäß § 81 Abs. 4 der Gemeindeordnung könne der Rat die Inanspruchnahme von Ermächtigungen sperren. Das bedeute, dass der Rat eine Haushaltssperre beschließen könne. Aufgrund der dramatischen Veränderung im Haushalt der Stadt Billerbeck sei aus seiner Sicht umgehend eine Haushaltssperre zu beschließen.

Gemäß § 24 Gemeindehaushaltsverordnung sei die Bürgermeisterin verpflichtet, wenn die Entwicklung der Erträge oder Aufwendungen es erfordere, eine Haushaltssperre auszusprechen. Der Rat sei darüber unverzüglich zu unterrichten. Die Bürgermeisterin sei dieser deutlichen Forderung aus der Gemeindehaushaltsverordnung und damit ihrer Verpflichtung nicht nachgekommen. Er sehe hierin einen Verstoß gegen geltendes Recht. Aus diesem Grund fordere er eine rechtliche Überprüfung durch die Kommunalaufsicht.

Er beantrage, folgende Beschlüsse zu fassen:

„Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt mit sofortiger Wirkung eine Haushaltssperre.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, unverzüglich eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einzuberufen. Einziger Tagesordnungspunkt soll dabei die Festlegung von Ausgabeesparungen sein, um so schnell wie möglich die Handlungsfähigkeit der Stadt Billerbeck wieder herzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Kommunalaufsicht unverzüglich den gesamten Vorgang, unter Berücksichtigung des § 24 GemHVO prüfen zu lassen und dem Rat sämtliche Möglichkeiten, auch ggf. disziplinarrechtliche Maßnahmen aufzuzeigen.

Um prüfen zu können, ob die Bürgermeisterin ihrer Informationspflicht gem. § 55 Gemeindeordnung zeitnah nachgekommen ist, ist dem Rat eine Stellungnahme und Bewertung der Angelegenheit durch die Bürgermeisterin vorzulegen. Vor allen Dingen ist die genaue zeitliche Abfolge, wann die neuen Zahlen vorgelegen haben, darzulegen. Diese Aufstellung ist mit den notwendigen Belegen zu dokumentieren.“

Herr Fehmer unterstreicht, dass die Ausfälle bei der Gewerbesteuer für Billerbeck enorm seien. Der Ausgleichsrücklage sollen 800.000,-- € entnommen werden, jetzt kämen 1,4 Mio € Ausfälle hinzu. So könne man das nicht laufen lassen. Er sehe die einzige Möglichkeit darin, eine Haushaltssperre zu erlassen, um die problematische Lage auch nach außen deutlich zu machen. Vor diesem Hintergrund finde er es sehr traurig, dass die Bürgermeisterin nicht an der heutigen Ratssitzung teilnehme. Die Bürgermeisterin stünde in der Verantwortung, der sie sich nicht entziehen könne. Aus diesem Grunde seien die o. g. Beschlüsse unerlässlich.

Herr Tauber entnimmt den Ausführungen des Herrn Melzner, dass sich die Entwicklung vom I. bis III. Quartal abgezeichnet habe, dass man zu der heutigen Erkenntnis auch schon vor dem 31. August 2009 hätte kommen können. Er sehe eine Tendenz wie in Dortmund, wo die Informationen bewusst zurück gehalten wurden. Die von Herrn Fehmer vorgebrachten Anträge würden seitens der SPD-Fraktion komplett mitgetragen. Hier stehe die Bürgermeisterin in der Verantwortung, sie müsse sich erklären und evtl. die Dinge richtig stellen.

Herr Schlieker macht deutlich, dass er einer Haushaltssperre und einer zusätzlichen HFA-Sitzung, in der Ausgabeeinsparungen festgelegt werden, zustimme. Nicht zustimmen werde er aber den Disziplinarmaßnahmen. Das halte er für ein Nachkarten der Wahl.

Herr Tauber entgegnet, dass das nichts mit Nachkarten zu tun habe. Vielmehr gehe es um überprüfbare Fakten. Er sei heute nicht bereit, über einzelne Einsparmaßnahmen, die bei 5.000,-- € anfangen, zu diskutieren, schließlich gehe es um die horrende Summe von 1,4 Mio €.

Herr Dittrich ergänzt, dass es darum gehe, Versäumnisse offen zu legen. Darauf hätten die Bürger und auch die gewählten Ratsvertreter ein Recht.

Herr Schlieker betont, dass auch er nicht bereit sei, über Einsparungen in Höhe von 5.000,--- € zu diskutieren. Dazu sei die Sache zu wichtig. Disziplinarische Strafen wolle er aber auch nicht erörtern.

Herr Melzner weist darauf hin, dass die Haushaltssperre konkretisiert werden müsse. Mögliche Einsparungen habe er in der vorliegenden Liste aufgeführt. Darüber hinaus sei bereits gesagt worden, dass bei Unterhaltungsmaßnahmen gespart werde.

Herr Mollenhauer macht deutlich, dass heute am 1. Oktober des Jahres im Grunde alle maßgeblichen Unterhaltungsarbeiten auf den Weg gebracht und auch nicht mehr zu stoppen seien. Sparen könne man aber fast nur bei Unterhaltungspositionen. Heute sollen noch Dringlichkeitsentscheidungen genehmigt und eine Vergabe beschlossen werden. Insofern sei über eine Haushaltssperre jetzt nicht mehr viel zu erreichen.

Herr Dittrich stellt an Herrn Schlieker gerichtet, richtig, dass nicht über Disziplinarmaßnahmen diskutiert, sondern zunächst die Möglichkeit aufgezeigt werden soll.

Herr Fehmer weist zur Klarstellung darauf hin, dass in der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung gewisse Verpflichtungen der Bürgermeisterin hinterlegt seien. Um prüfen zu können, ob die Bürgermeisterin diesen Verpflichtungen nachgekommen ist, sollte die Kommunalaufsicht den gesamten Vorgang prüfen und dem Rat sämtliche Möglichkeiten, ggf. auch disziplinarrechtliche Maßnahmen aufzeigen. Im Übrigen wundere er sich über die Hinweise von Herrn Melzner und Herrn Mollenhauer zur Haushaltssperre. Nach seinem Verständnis seien laufende Maßnahmen von der Sperre selbstverständlich nicht betroffen,

auch gesetzliche Verpflichtungen hätten damit nichts zu tun. Zum Teil gehe es um Maßnahmen, die in der Liste aufgeführt seien. Die CDU-Fraktion sehe sich heute nicht in der Lage, über die Liste zu beraten, das müsse in einer unverzüglich einzuberufenden HFA-Sitzung geschehen.

Auf Anregung von Herrn Schlieker wird über die Beschlussvorschläge des Herrn Fehmer einzeln abgestimmt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Billerbeck beschließt mit sofortiger Wirkung eine Haushaltssperre.

Stimmabgabe: 19 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, unverzüglich eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einzuberufen. Einziger Tagesordnungspunkt soll dabei die Festlegung von Ausgabeesparungen sein, um so schnell wie möglich die Handlungsfähigkeit der Stadt Billerbeck wieder herzustellen.

Stimmabgabe: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Kommunalaufsicht unverzüglich den gesamten Vorgang, unter Berücksichtigung des § 24 GemHVO prüfen zu lassen und dem Rat sämtliche Möglichkeiten, auch ggf. disziplinarrechtliche Maßnahmen aufzuzeigen.

Stimmabgabe: 19 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

Um prüfen zu können, ob die Bürgermeisterin ihrer Informationspflicht gem. § 55 Gemeindeordnung zeitnah nachgekommen ist, ist dem Rat eine Stellungnahme und Bewertung der Angelegenheit durch die Bürgermeisterin vorzulegen. Vor allen Dingen ist die genaue zeitliche Abfolge, wann die neuen Zahlen vorgelegen haben, darzulegen. Diese Aufstellung ist mit den notwendigen Belegen zu dokumentieren.

Stimmabgabe: einstimmig

Zur Vorbereitung der HFA-Sitzung erläutert Herr Melzner die Liste mit den Einsparungsvorschlägen.

Herr Tauber erkundigt sich, ob aufgrund der beschlossenen Haushaltssperre die nachfolgend auf der Tagesordnung stehenden Maßnahmen umgesetzt werden können.

Herr Melzner teilt mit, dass der Rat Ausnahmen von der Haushaltssperre zulassen könne.

Dann wird überlegt, ob der Rat dieses Recht auf den HFA übertragen sollte, weil ansonsten nach der HFA-Sitzung noch eine Ratsitzung erfor-

derlich würde.

Schließlich wird einvernehmlich festgestellt, dass eine Übertragung auf den HFA nicht erforderlich ist, wenn die HFA-Sitzung kurzfristig stattfindet, danach sei sowieso eine Ratssitzung terminiert.

5. Einigung zur Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrages für die Münsterlandnetzgesellschaft mbH und CO. KG, Lüdinghausen

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Die anliegende Einigung gemäß § 33 Abs. 2 Gewerbesteuergesetz zur Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrages für die Münsterlandnetzgesellschaft mbH & Co. KG, Lüdinghausen, wird beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

6. 11. Änderung des Bebauungsplanes Sanierungsgebiet Ia -Südteil- hier: Bauantrag zur Errichtung von zwei Plakattafeln zu Werbezwecken

Der Rat folgt dem Beschlussvorschlag des Stadtentwicklungs- und Bauausschusses und fasst folgenden

Beschluss:

1. Für das Plangebiet, welches das Grundstück Gemarkung Billerbeck Stadt, Flur 3, Flurstück 683, umfasst, wird die Aufstellung der 11. Änderung des Bebauungsplanes Sanierungsgebiet Ia -Südteil- beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
2. Bei der Baugenehmigungsbehörde wird der Antrag auf Zurückstellung des Baugesuches nach § 15 Abs. 1 BauGB gestellt.

Stimmabgabe: einstimmig

7. Antrag auf Umbenennung der Städt. Realschule Billerbeck in Geschwister-Eichenwald Realschule.

Herr Fehmer führt aus, dass sich der Schul- und Sportausschuss in seiner Sitzung am 22. September 2009 mit der Umbenennung der Realschule beschäftigt habe. Der Ausschuss habe beschlossen, die Umbenennung nicht abzulehnen, sondern in die Zeit zu setzen bis der laufende Prozess hinsichtlich einer möglichen neuen Schulform in Billerbeck abgeschlossen ist. Ziel sei es gewesen, den wertvollen Namen für eine in absehbarer Zeit neue Schulform zu schützen. Über die sich nach der Beratung im Schul- und Sportausschuss ergebende Entwicklung sei er nicht glücklich. Er hätte sich gewünscht, dass im Vorfeld von Seiten der Realschule ein offenes Gespräch mit der Hauptschule geführt worden wäre. Wenn voraussichtlich in absehbarer Zeit aus zwei Schulen eine gemacht werde, werde jede Schule ihre Interessen bzgl. eines Namens vertreten.

Deshalb könne er nicht verstehen, dass die Realschule mit ihrem Antrag auf Umbenennung jetzt vorpresche, wobei seitens der CDU-Fraktion das Engagement der Realschule bzgl. der Auseinandersetzung mit dem Schicksal jüdischer Familien sehr geschätzt werde. Aufgrund der tlw. heftigen Reaktionen nach der Schul- und Sportausschusssitzung sei die CDU-Fraktion nun nach nochmaliger Beratung zu dem Ergebnis gekommen, an dem Beschluss des Schulausschusses nicht festzuhalten und einer Umbenennung zuzustimmen. Dabei mache er aber bereits jetzt deutlich, dass mit dieser Entscheidung nicht automatisch auch der Name für eine mögliche neue Schule bereits verankert werde. Dazu sei zu gegebener Zeit ein Namensfindungsprozess mit allen Beteiligten notwendig, auch wenn letztlich der Rat entscheide.

Frau Köhler weist darauf hin, dass die Darstellung in der heutigen Presse bzgl. der Erklärung der SPD-Fraktion zur Umbenennung missverständlich aufgefasst werden könne, deshalb stelle sie noch einmal heraus, dass in der letzten Schulausschusssitzung von allen Ausschussmitgliedern die Wertschätzung des Engagements der Schüler und deren Aufarbeitung der Billerbecker Geschichte zum Ausdruck gebracht wurde. Leider habe es die Presse versäumt, entsprechende Äußerungen aus der Sitzung in ihrem Pressebericht zu erwähnen. Oberstes Ziel für die Sozialdemokraten sei es, den Schulstandort Billerbeck zu sichern und dafür ein Schulkonzept zu entwickeln, das für die Zukunft tragfähig ist. Sie wollten, dass auch zukünftig Billerbecker Kinder in Billerbeck zu weiterführenden Schulen gehen können. Die Zahlen des Schulentwicklungsplanes zeigten, dass das Thema brenne. Es werde nicht der Sankt Nimmerleinstag sein, an dem an der Schulstandortsicherung gearbeitet werde. Der Prozess sei, wenn auch noch nicht öffentlich, längst in Gang gesetzt. Vor diesem Hintergrund hätten die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder die Namensgebung zum derzeitigen Zeitpunkt für äußerst unglücklich gehalten, da es im schlechtesten Fall in nicht allzu ferner Zeit zu einer erneuten Umbenennung kommen könnte. Gleichwohl sähen sie, dass dies der Öffentlichkeit schwer verständlich zu machen sei, nicht zuletzt, da die Gespräche zur Schulstandortsicherung seit 1 ½ Jahren hinter verschlossenen Türen im nichtöffentlichen Teil des Schulausschusses stattgefunden hätten. Nun sei es aus ihrer Sicht jedoch an der Zeit, die Ergebnisse der Beratungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Sie wolle für die SPD-Fraktion noch einmal betonen, dass sie weder gegen diese von den Schülern erarbeitete Namensgebung seien, noch dass sie das Engagement der Schüler nicht wertschätzten. Sie hätten sich diesen Namen vielmehr gut als Vorschlag für die neue Schulform vorstellen können. Die SPD-Fraktion werde heute selbstverständlich dem legitimen Recht der Schule, sich umzubenennen nachkommen. Es müsse aber klar sein, dass die Gremien einer neuen Schulform in Billerbeck neu über einen gemeinsamen Namen entscheiden können und dürfen.

Herr Tauber stellt fest, dass grundsätzlich Einvernehmen bzgl. der Umbenennung bestehe. Es sei das legitime Recht einer jeden Schule sich einen Namen zu geben, warum zum jetzigen Zeitpunkt, könne fraglich bleiben. Im Übrigen sehe er zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Möglichkeit einer Zusammenführung der Schulen, dazu müsse sich erst etwas in

der Schulpolitik des Landes ändern.

Es sei gut, dass die beiden großen Fraktionen es geschafft hätten, über ihren Schatten zu springen, so Herr Schlieker. Alles andere wäre ein Schlag ins Gesicht der Schülerinnen und Schüler.

Frau Mönning betont, dass es Gründe für die Ablehnung auf Umbenennung zum jetzigen Zeitpunkt gegeben habe.

Herr Faltmann fasst zusammen, dass grundsätzlich Einigkeit bestehe, der Umbenennung zuzustimmen und niemand etwas gegen den Namen gehabt habe, sondern lediglich gegen den Zeitpunkt der Umbenennung.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Umbenennung der Städt. Realschule Billerbeck in Geschwister-Eichenwald-Realschule wird zugestimmt.

Stimmabgabe: 20 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

8. Sanierung der Hauptschule mit Mitteln aus dem Investitionspakt hier: Durchführungsbeschluss

Herr Mollenhauer macht deutlich, dass es auch Ziel des Landes sei, die Maßnahmen sehr zügig auf den Weg zu bringen. Die Arbeiten an der Hauptschule könnten größtenteils nur in den Ferien durchgeführt werden. Geplant sei, zwei Wochen vor den Osterferien zu beginnen und die Arbeiten nach den Sommerferien weitestgehend abzuschließen. Das sei nur möglich, wenn die Planungsbüros anfangen könnten zu arbeiten. Deshalb müsse jetzt entschieden werden, ob die Maßnahmen trotz der beschlossenen Haushaltssperre umgesetzt werden sollen oder nicht.

In der kurzen Erörterung sprechen sich die Vertreter aller Fraktionen dafür aus, die Sanierung der Hauptschule von der Haushaltssperre auszuklammern.

Beschluss:

Es wird beschlossen, das Projekt „Sanierung der Hauptschule und der Hauptschulturnhalle im Rahmen des Investitionspaktes“ durchzuführen.

Stimmabgabe: einstimmig

9. Anregung gem. § 24 GO NW der Evangelischen Kirchengemeinde Billerbeck hier: Resolution zum Bleiberecht für langjährig hier lebende und geduldete Menschen

Frau Langenheder erläutert die Anregung.

Herr Schlieker plädiert dafür, der Resolution zuzustimmen. Im Radio ha-

be er heute gehört, dass der Rat der Stadt Münster die Ausländerbehörde angewiesen habe, bis Ende des Jahres keine Ausweisungen mehr vorzunehmen. Des Weiteren habe er erfahren, dass der zuständige Ausschuss eine gleichnamige Empfehlung für den Kreistag beschlossen habe.

Herr Fehmer hält den Antrag für nachvollziehbar, möchte aber wissen, wie sich die Situation in Billerbeck darstelle. Deshalb sollte die Angelegenheit an den zuständigen Ausschuss verwiesen werden, zumal er keinen Zeitdruck sehe. Zu der Sitzung sollte ein Vertreter der Fachabteilung des Kreises Coesfeld eingeladen werden.

Herr Schlieker sieht dagegen sehr wohl einen Zeitdruck, weil es um Ausweisungen bis zum 31.12.2009 gehe. Von hier aus sollte politischer Druck an höhere Ebenen weiter gegeben werden und wenn erst im Dezember ein Beschluss gefasst werde, habe dieser keine Auswirkungen mehr. Das eine müsse das andere aber nicht ausschließen, die Resolution sollte beschlossen werden und parallel dazu im Ausschuss über die hiesige berichtet werden.

Herr Struffert unterstreicht, dass die Sache schon eile, wenn in diesem Jahr noch etwas erreicht werden solle.

Herr Tauber sieht ebenfalls eine Eilbedürftigkeit und würde es begrüßen, wenn hier ein gemeinsamer Beschluss gefasst würde. Die Resolution sollte hier verabschiedet und darüber hinaus in einer Ausschusssitzung informiert werden.

Frau Mollenhauer führt aus, dass man nur wenig tun könne. Die Resolution könne sie mittragen, um die zuständigen Gremien zu veranlassen, Änderungen herbei zu führen. Dennoch sollte ein Vertreter des Kreises im zuständigen Ausschuss entsprechende Hintergrundinformationen geben.

Die Resolution sollte verabschiedet werden, um ein Zeichen zu setzen, so Herr Becks.

Herr Kleideiter merkt kritisch an, dass die Anregung der Evgl. Kirchengemeinde bereits am 09.07.09 bei der Verwaltung eingegangen sei und die Ratsmitglieder erst in der letzten Woche mit der Einladung zur Sitzung hiervon erfahren hätten und jetzt in kurzer Zeit eine Resolution verabschieden soll.

Der Rat fasst folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt die Resolution zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, im zuständigen Ausschuss über die Situation in Billerbeck zu berichten und einen Vertreter der Fachabteilung des Kreises Coesfeld einzuladen, der aus seiner Sicht

informiert.

Stimmabgabe: einstimmig

10. Anregung der SG-NRW Next Generation gem. § 24 GO NW

hier: Gründung eines Jugendstadtrates

Für die SG-NRW erläutert Herr Marcel Stratmann die Anregung.

Frau Mönning legt als Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Kultur und Sport dar, dass der Rat bzw. der Ausschuss für Jugend, Kultur und Sport im Bereich der Mitbeteiligung der Jugendlichen am politischen Leben bereits seit etlichen Jahren aktiv ist. 1995 sei die TOT-Arbeit von der Kath. Kirche eingestellt und von der Stadt übernommen worden. Danach sei einiges auf den Weg gebracht worden. Zur Verdeutlichung gibt sie einen zeitlichen Überblick über die Beratungen und Beschlussfassungen zur Jugendpartizipation. Leider habe man immer wieder feststellen müssen, dass das Interesse der Jugendlichen schrittweise nachließ und schließlich ganz aufhörte. Vor diesem Hintergrund könne sie die Anregung zur Gründung eines Jugendstadtrates nicht mittragen.

Herr Schulze Thier bestätigt die Ausführungen von Frau Mönning. Der Ausschuss habe alles, was man für Jugendliche tun könne, auf den Weg gebracht, leider nicht mit dem gewünschten Ergebnis. Der Anregung der SG-NRW Next Generation könne er nicht zustimmen.

Frau Schulze Wierling weist darauf hin, dass die geplante Zukunftswerkstatt Jugend als erstes niederschwelliges und für alle zugängliches Angebot ausgefallen sei, weil sich hierfür leider nur 2 Jugendliche angemeldet hätten. Sie halte es nicht für notwendig, einen Jugendstadtrat zu gründen.

Herr Schlieker merkt an, dass weiterhin Jugendliche eingebunden werden sollen. Der vorliegenden Anregung könne er aber auf keinen Fall zustimmen. Es könne nicht angehen, dass dem Rat so detailliert vorgegeben werde, was beschlossen werden soll. Würde er tatsächlich so beschließen, dann sei demnächst nur die Next Generation in dem Jugendstadtrat vertreten und sonst niemand.

Herr Tauber stellt fest, dass die SG NRW das Rad nicht neu erschließen müsse, es laufe bereits seit Jahren. Die Anregung lehne er ab.

Beschluss:

Die Anregung der SG-NRW Next Generation zur Gründung eines Jugendstadtrates wird abgelehnt.

Stimmabgabe: einstimmig

11. Anregung der Anlieger Bockelsdorf gem. § 24 GO NW

hier: Anlage eines Radweges entlang der L 506 im Rahmen des "In-

novativen Radwegebaus"

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass Frau Schulze Wierling gerade eine weitere Bürgeranregung zur Anlegung eines Radweges entlang der L 550 übergeben habe. Hierbei handele es sich um die Verlängerung des bereits begonnenen Radweges vom Nierfeldweg bis Tombrink, und zwar solle dieser Radweg möglichst bis Holthausen verlängert werden. Zudem werde im nächsten Tagesordnungspunkt die Anlegung eines weiteren Radwegabschnittes entlang der L 506 auf der Beerlage in Richtung Altenberge angeregt. Es werde nicht so einfach sein, drei Maßnahmen im Rahmen des innovativen Radwegebaues durchzuführen. Das Land habe aber wohl erkannt, dass mit geringen Mitteln und bürgerschaftlichem Engagement einiges auf den Weg gebracht werden könne. Es sei abzusehen, dass das Programm weiter geführt werde. Weil die Zeit dränge, schlage er vor, die beiden vorliegenden und auch die heute übergebene Anregung nicht an den Ausschuss zu verweisen, sondern kurzfristig an den Landesbetrieb mit der Bitte um Umsetzung weiter zu leiten.

Herr Dittrich unterstreicht, dass sich die SPD-Fraktion in der Vergangenheit immer für Radwege eingesetzt habe und auch die jetzt vorliegenden Anregungen unterstütze. Die Anregungen könnten ohne Beratung im Ausschuss weiter geleitet werden.

Herr Schlieker schließt sich dem an und teilt ergänzend mit, dass eine Fortführung des Radweges auf Altenberger Gebiet angedacht sei. Darüber hinaus gebe es eine Vision, einen Bürgerradweg von Münster bis Billerbeck anzulegen.

Es sei toll, was sich bisher entwickelt habe, so Herr Fehmer. Ein besseres Zeichen der Unterstützung als die Anregungen direkt weiter zu leiten, könne heute nicht gegeben werden.

Beschluss:

Die Stadt Billerbeck unterstützt die drei Bürgeranregungen. Die Verwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb, den Antragstellern und den Grundstückseigentümern die Umsetzung der Maßnahme zu koordinieren.

Stimmabgabe: einstimmig

12. **Anregung der Anlieger Beerlage gem. § 24 GO NW**
hier: Anlage eines Radweges entlang der L 506 im Rahmen des "Innovativen Radwegebaus"
 Wurde unter dem TOP 11. mitberaten und beschlossen.

13. **Anregung des Herrn Wevers gem. § 24 GO NW**
hier: Verbesserungsvorschläge im Baubereich
 Herr Mollenhauer teilt mit, dass Herr Wevers zwischenzeitlich einen weiteren Antrag eingereicht habe, in dem er Fragen zur Beheizung der Turn-

halle und zu einer Straßenmarkierung stelle. Verwaltungsseitig würden Verbesserungsvorschläge immer gerne aufgegriffen. Es würden bereits seit langem, wie von Herrn Wevers vorgeschlagen, Pflastersteine ohne Fase verwandt. Er könne sich vorstellen, die Idee der Zisternennutzung aufzugreifen, wenn dies wirtschaftlich und räumlich möglich ist.

Nach kurzer Erörterung fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Anregungen des Herrn Wevers werden an den zuständigen Ausschuss verwiesen.

Die Verwaltung wird beauftragt, falls die Anregungen wirtschaftlich umzusetzen und sinnvoll sind, diese bei den anstehenden Maßnahmen bereits zu berücksichtigen.

Stimmabgabe: einstimmig

14. Mitteilungen

14.1. Ampelanlage Osterwicker Straße - Herr Messing

Herr Messing bezieht sich auf mehrere Hinweise von Herrn Becks, dass die Grünphase für Fußgänger, Radfahrer und Rollstuhlfahrer viel zu kurz sei und teilt hierzu mit, dass die Grünphase an allen Fußgängerüberwegen der Ampelanlage 8 Sekunden anhalte. In dieser Zeit dürfe der Fußgänger den Überweg betreten, er müsse diese aber nicht während der Grünphase komplett überquert haben. Außerdem sei nicht gedacht, dass Fußgänger in einem Zug von einer Straßenseite zur anderen gelangen können. Sie müssten jeweils von einer Verkehrsinsel zur nächsten auf die Grünphase warten. Eine Verlängerung der Grünphase für Fußgänger würde zu Lasten aller Fahrbahnarme der Kreuzung gehen. Das werde aus Sicht des Landesbetriebes nicht als sinnvoll angesehen.

Herr Becks erwidert, dass er sich mit dieser Auskunft nicht zufrieden gebe. 8 Sekunden Grünphase reichten vielen Fußgängern nicht aus, so dass sie Angst hätten, den Fußgängerüberweg zu nutzen.

Herr Messing unterstreicht, dass der Landesbetrieb 8 Sekunden für ausreichend halte. Selbst wenn die Ampel während des Überquerens auf rot springe, müsse der Autofahrer die Fußgänger passieren lassen. Die Ampelanlage sei lt. Auskunft des zuständigen Landesbetriebes optimal eingestellt.

15. Anfragen

15.1. Abwesenheit der Bürgermeisterin - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer erklärt, dass sie mit äußerstem Befremden zur Kennt-

nis genommen habe, dass die Bürgermeisterin die heutige Ratssitzung nicht leitet, weil sie verreist sei. Immerhin handele es sich um die letzte Ratssitzung dieser Legislaturperiode und einige Ratsmitglieder schieden nach mehr als 20 Jahren Zugehörigkeit aus. Selbst der stellvertretende Bürgermeister sei nicht persönlich von der Bürgermeisterin darüber informiert worden, dass er die heutige Sitzung leiten müsse. Sie wolle, dass die Bürgermeisterin eine Stellungnahme abgebe, warum sie die heutige Sitzung nicht leite.

Frau Mönning schließt sich dem uneingeschränkt an. Die Bürgermeisterin hätte doch entweder ihre Reise oder die Ratssitzung verschieben können.

15.2. EU-Schulobstprogramm - Herr Tauber

Herr Tauber weist darauf hin, dass die EU ein Schulobstprogramm aufgelegt habe und für Deutschland 20 Mio €/Jahr zur Verfügung stelle, allerdings unter der Bedingung, dass das Land einen ähnlichen Betrag zur Verfügung stelle. Ziel sei eine gesunde Ernährung anzubieten und die Landwirtschaft vor Ort zu stärken. Das Land müsse also handeln, damit die Gemeinden in den Genuss der Mittel kommen. Er fordere die Bürgermeisterin auf, beim Land zu insistieren, damit das Programm vor Ort umgesetzt werden kann.

Herr Messing teilt mit, dass sich das Land NRW an dem Programm beteiligen wolle und selbstverständlich, sobald die Modalitäten bekannt seien, entsprechende Förderanträge gestellt würden.

15.3. Grünanlage Beerlager Str./Holthäuser Straße - Herr Kortmann

Herr Kortmann weist darauf hin, dass Anlieger der Beerlager Straße an einer gemeinsamen Gestaltung der öffentlichen Grünfläche an der Kreuzungsecke interessiert seien.

Herr Mollenhauer macht deutlich, dass die Verwaltung mehrfach mit den Anliegern gesprochen und darauf hingewiesen habe, dass die rd. 300 qm große Grünfläche nur dann pflegeintensiv umgestaltet werde, wenn die Anlieger die anschließende Pflege übernehmen.

Herr Kortmann merkt an, dass wohl Bereitschaft zur Übernahme einer Patenschaft bestehe und die Verwaltung noch einmal auf die Anlieger zugehen sollte.

15.4. Ersatzanpflanzung für die Streuobstwiese bei Deitert - Frau Mönning

Frau Mönning erinnert an ihre Nachfrage bzgl. der Ersatzanpflanzungen für die im Zuge des Stallneubaus entfernte Streuobstwiese bei Deitert.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Ausgleichsmaßnahmen bis zum 15. November 2009 durchgeführt werden müssen.

15.5. Defekte Lampe an der Berkel im Bereich Coesfelder Straße - Herr Becks

Herr Becks erinnert an seinen Hinweis in der HFA-Sitzung am 17.09.09, dass an der Coesfelder Straße nur noch ein Lampenstumpf stehe und wiederholt seine Frage, wann die Lampe wieder aufgestellt werde. Herr Mollenhauer geht davon aus, dass die erforderlichen Maßnahmen auf den Weg gebracht wurden.

15.6. Hochbordanlage im Bereich der Fußgängerampel an der Rettungswache Holthäuser Straße - Frau Köhler

Frau Köhler erkundigt sich nach dem Sinn der im Bereich der Fußgängerampel Holthäuser Straße auf der rechten Seite in Richtung Darfeld aufgebrauchten Stolperfalle.

Herr Messing berichtet, dass auf der Sperrfläche eine Hochbordanlage zum Schutz der Benutzer der Ampelanlage angelegt wurde. Zwischenzeitlich habe ein Müllfahrzeug die Anlage ramponiert. Damit niemand über die Kanten stolpert, seien Warnbaken aufgestellt worden. Die Anlage werde aber wieder hergestellt. Zurzeit handele es sich um eine Baustelle.

15.7. Ausbau der Massonneustraße - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring erkundigt sich, wann die Massonneustraße ausgebaut werde.

Herr Mollenhauer geht davon aus, in der nächsten HFA-Sitzung die Fragen zum Beitragsrecht beantworten zu können. Durch die Einführung des NKF sei es zu Verzögerungen gekommen. Der nächste Schritt sei dann die Anliegerversammlung, die voraussichtlich Anfang nächsten Jahres stattfinden werde.

15.8. Umgefahrener Pfosten Ecke Bockelsdorfer Weg/Oberlau - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring macht auf einen umgefahrenen Pfosten der Absperrketten im Kreuzungsbereich Bockelsdorfer Weg/Oberlau aufmerksam. Herr Mollenhauer sagt Abhilfe zu.

15.9. Umgefahrenes Verkehrsschild an der L 506 - Herr Ueding

Herr Ueding fragt nach, ob der Verwaltung bekannt sei, dass auf der Beerlage im Bereich Fuselkotten ein Verkehrsschild umgefahren wurde. Das wird von Herrn Mollenhauer verneint. Er sagt zu, den Hinweis weiter zu leiten.

15.10. Ausbessern der Schlaglöcher auf der L 506 - Frau Schulze Wierling

Frau Schulze Wierling fragt nach dem Ergebnis des von der Verwaltung angekündigten Gespräches mit dem Leiter des Landesbetriebes bzgl. der Schlaglöcher auf der L 506.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass der Termin erst Ende Oktober stattfindet. Er werde aber versuchen, einen Mitarbeiter des Landesbetriebes zu einer Sitzung einzuladen. Dann könnte auf die Mängel deutlich hingewiesen werden.

15.11. Reparatur am Jugendzentrum - Frau Köhler

Frau Köhler weist auf Schäden an der Stirnseite des Jugendzentrums hin und bittet um rechtzeitige Ausbesserung vor dem Winter.

Herr Mollenhauer sagt Prüfung zu.

15.12. Defektes Kinderspielgerät in der Fußgängerzone - Herr Tauber

Herr Tauber erkundigt sich, wie oft die Kinderspielgeräte überprüft würden und weist auf ein defektes Kinderspielgerät in der Fußgängerzone hin.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass Überprüfungen regelmäßig stattfinden und sich der Bauhof bereits um das angesprochene Spielgerät kümmere.

15.13. Hinweisschild auf den Busparkplatz am Ortseingang Beerlager Straße - Herr Tauber

Herr Tauber weist darauf hin, dass mit einem Schild auf den Busparkplatz der Freilichtbühne hingewiesen werde, aber die Schranke zu dem Parkplatz nach der Spielzeit der Freilichtbühne dauerhaft geschlossen sei. Entweder müsse die Schranke oben bleiben oder das Schild entfernt werden.

Herr Messing sagt Überprüfung zu.

15.14. Defekte Peitschenleuchte am Steenpättken - Herr Dittrich

Herr Dittrich weist auf eine defekte Peitschenleuchte an dem fußläufigen Teilstück des Steenpättken zwischen Spielplatz und Beerlager Straße hin.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass die Reparatur bereits auf den Weg gebracht wurde.

- 16. Einwohnerfragestunde gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Billerbeck**
Es werden keine Fragen von Bürgern gestellt.

Herr Faltsmann schließt die Sitzung mit einem Dank an alle ausscheidenden Ratsmitglieder für die geleistete Arbeit.

Bernhard Faltsmann
1. stellv. Bürgermeister

Birgit Freickmann
Schriftführerin